

Pulsnitzer Wochenblatt

Verantwortlicher Dr. 18

Bezirks-Anzeiger

und Zeitung

Telegr.-Adr.: Wochenblatt Pulsnitz

Erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.
Im Falle höherer Gewalt - Krieg oder sonstiger Verhinderung welcher Art auch immer des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen - hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. - : Vierteljährlich M 2.30, bei freier Zustellung; bei Abholung vierteljährlich M 2.-, monatlich 70 Pf., - : durch die Post bezogen M 2.40 - :.



Amts-Blatt

des Amtsgerichts, des Stadtrates zu Pulsnitz und der Gemeindeämter des Bezirks.

Postfachkonto Leipzig 24127.

Inserate sind bis vormittags 10 Uhr aufzugeben. Die sechs mal gepaltene Beilage (Messe's Zeilenn. 14) 25 Pf., im Bezirke der Amtshauptmannschaft 20 Pf., Amtliche Zeile 55 Pf., außerhalb des Bezirks 65 Pf., Reklame - : 60 Pf. Bei Wiederholungen Rabatt. - : Zeitraubender und tabellarischer Satz mit 25 % Aufschlag. Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachl. in Anrechnung.

Amtsblatt für den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz umfassend die Ortsgemeinden Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Bollung, Großbröhrsdorf, Brettnitz, Hauswalde, Dhorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf.
Druck und Verlag von E. R. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr). Geschäftsstelle: Pulsnitz, Bismarckplatz Nr. 265. Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz.

Nummer 155

Sonnabend, den 28. Dezember 1918.

70. Jahrgang

Die Bekanntmachungen befinden sich auf der Beilage.

Spartakus letzter Streich.

Von unserem Berliner Vertreter wird uns geschrieben:

Die Dinge treiben zur Katastrophe. Es war klar, daß der Sieg der Volksmarinebrigaden vor allem eine Wirkung auslösen mußte. Die Regierung hat sich schwach gezeigt, sie hat sich in Verhandlungen eingelassen, sie versuchte die Behauptung nicht zu widerlegen, daß die Truppen ihr untreu geworden waren und hatte durch ihre zögernden Anordnungen weiter erreicht, daß tatsächlich der Ansehensverlust erreicht wurde, als ob die Matrosen als Sieger aus dem blutigen Kampfe hervorgegangen seien. Spartakus schloß daraus, daß seine Zeit gekommen sei und bereitete sich vor, nunmehr offiziell zum Gewaltstreik auszuholen. Die „Rote Fahne“ bläht Alarm und die bürgerliche Presse berichtet, daß vielleicht noch gestern (Freitag) der Streik erfolgen, die Spartakusgruppe die Regierung stürzen und eine Regierung Liebknecht-Debesour-Eichhorn ausrufen würde. Bis zur Stunde, da dieses geschrieben wird, ist noch nichts von einem solchen Vorhaben der Liebknechtgruppe bekannt geworden. Aber eines ist auffällig: Während die Unabhängigen vor einigen Tagen einen klaren Streich zwischen sich und den Spartakusleuten zogen, wickelt heute die unangenehme „Freiheit“ gegen die Regierung Oberl. Seemanns Landtsberg und fordert von ihr Rücktritt. Sie stellt sich rückhaltlos auf die Seite der Spartakusleute und die Reihe der Radikalen gegen die Regierung ist wieder geschlossen. Daraus muß auch den Schluss ziehen, daß, selbst wenn Spartakus nicht zur Gewalt übergeht, wichtige Veränderungen in der Regierung bevorstehen. In Berlin war heute das Gerücht verbreitet, die Regierung werde ganz neu besetzt werden, vor allem würden die Posten, die jetzt von den Mehrheitssozialisten besetzt sind, entweder anderen Mehrheitssozialisten, wahrscheinlich aber Unabhängigen übertragen werden. Die Regierung hatte lange Bepflegungen, tat aber nichts, dem Gerücht entgegenzutreten. Nur der „Vorwärts“ teilte mit, daß eine Regierungskrise nicht besteht. Er mag dem Sinn nach recht haben. Von einer Krise kann keine Rede sein, da die Mehrheitssozialisten sie abzuwehren versuchen, aber soviel ist doch gewiß, der Radikalismus arbeitete auf eine Neugestaltung der Regierung hin und wenn er sie nicht durch Verhandlungen und „sanften“ Druck erreicht, werden eben die Spartakusleute handeln.

Man muß sich jedenfalls auf alles gefaßt machen. Die Schwäche der Regierung ist der Ausgangspunkt gewesen, der ihr jetzt alles Recht und alle Kraft zum Handeln genommen hat. Für Sonntag bereiten die Mehrheitssozialisten zwar eine große Demonstration vor, die beweisen soll, daß neunzig Prozent der Arbeiter und Soldaten hinter den Mehrheitsmännern der Regierung stehen und die sich, wie der „Vorwärts“ betont, gegen die „Blutdiktatur des Spartakusbundes“ richten soll. Ob diese Demonstration aber durch die Ereignisse nicht schon überholt sein wird. Noch eines ist nämlich in Betracht zu ziehen, der Zentralrat, der zwar bereits zusammentrat, schwach, trotzdem er sich aus Mehrheitssozialisten zusammensetzt, in seiner Entscheidung. Diese soll erst heute fallen. Auch sie wird von den Spartakusleuten beeinflusst sein. Während die Regierung durch ihre schwache Haltung am 23. und 24. Dezember verloren hat, hat Liebknecht schon insofern gewonnen, als sich, wie gesagt, die Unabhängigen auf seine Seite geschlagen haben.

Mit Sorge muß man der neuen Entwicklung entgegensehen. Sie ist angetan, Deutschland gänzlich herabzuwürdigen und ihm das letzte Ansehen im Auslande zu nehmen. Man wird im Sande nicht bezweifeln können, daß es soweit kommen konnte, obwohl

sich fast alle aus dem Felde heimgekehrten Truppen hinter die Regierung stellten. Und man hat durchaus recht, wenn man nur der Regierung selbst die Schuld beimißt. Nur ein Wunsch besetzt alle: Möge die Regierung, so schwach sie auch ist, sich wenigstens noch bis zur Nationalversammlung behaupten oder möge sie wenigstens noch im letzten Augenblicke die Kraft entwickeln, Mehrheitssozialisten ins Kabinett zu bringen und vorläufig den Radikalismus auszuschalten. Es geht in diesen Tagen schließlich um Ganze. Mit dem Sieg Liebknechts wären die Nationalwahlen begraben und die weitere Zukunft Deutschlands läge dann tatsächlich erst einmal unter der Diktatur dieses Mannes, der kein Blut scheut und Recht und Gerechtigkeit mißachtet. Dann aber in den Händen der Entente, die es sich gewiß nicht nehmen lassen würden, den Einzug in Deutschland zu halten.

Das Wichtigste.

- Das Fortbestehen der Obersten Heeresleitung bis zum Friedensschluß ist durch stattgehabte Verhandlungen gesichert.
- Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Pons ist zum Präsidenten des anhaltischen Landtags gewählt worden.
- Die A- und S-Räte im Bezirke Solingen wurden auf Befehl des britischen Oberkommandos aufgehoben. Sie müssen die sozialen und städtischen Gebäude räumen.
- Die Spartakus Anhänger in München forderten in Flugblättern und in Kasernen den Sturz der bisherigen bayrischen Regierung auf.
- Als Leiter der deutschen Friedensdelegation für Versailles ist Graf Bernstorff in Aussicht genommen.
- Die „Deutsche Tageszeitung“ teilt mit, daß am 28. Dezember ein Anschlag gegen die persönliche Sicherheit ihres Redaktionsleiters Grafen Rosenlow verübt wurde. Der Anschlag scheiterte.
- Im Abgeordnetensaal, wo sich der Volksrat von Großberlin befindet, haben etwa 200 Angehörige der Volksmarinebrigaden die Wache übernommen.
- Die sozialistische Internationale ist nach Lausanne einberufen worden. Alle Länder werden vertreten sein.
- Die deutsche Regierung hat sich bekanntlich verpflichtet, Ungarn täglich 200 Wagen Kohle zu liefern. Seit der Internierung Mauthausens sind die Kohletransporte nach Ungarn ausgeblieben.
- Gegen die Wahlen zur polnischen Konstituante in preussischen Teilgebieten hat die deutsche Regierung mit einer Note an die polnische Regierung Einspruch erhoben.
- Die letzten Dampfer aus Finnland sind an der deutschen Küste angekommen. Damit ist der Abtransport unserer Truppen aus Finnland beendet.
- Herr und Frau Wilson spielten am 26. Dezember, abends mit dem König und der Königin von England.
- Von den in den Vereinigten Staaten befindlichen Landstreitkräften werden jetzt täglich 30 000 Mann demobilisiert. Der Feldmarschall der Ukraine, Skoropyadsky, hat am 14 d. M. abgedankt. Die Regierungsmächte sind auf das Direktorium der ukrainischen Republik übergegangen.

Vom Kriege.

Frankfurt, 27. Dezember. (Frankfurt unter der Franzosenherrschaft.) Die Franzosen haben sämtliche Übergangslinien von dem besetzten Gebiet in die neutrale Zone durch mächtige Drahtverhänge abgesperrt. Sie haben neuerdings ihre Linien noch tiefer an Frankfurt herangezogen. In Frankfurt trafen unmittelbar vor Weihnachten Tausende von Flüchtlingen ein, welche aus den besetzten Ortsgemeinden herbeiströmten, um der Gefangennahme zu entgehen.

(Der Wilson-Frieden verbürgt?) Wilson weiß nun bereits geraume Zeit in Frankreich. Er hatte Gelegenheit, mit allen maßgebenden Personen Fühlung zu nehmen und ihre Ansichten über den Frieden zu hören. Noch bevor er nach England geht verkündet er in einer Botschaft dem Weißen Hause, daß die Alliierten, mit denen Amerika verbunden sei, energisch alle Vorschläge aufrecht erhalten, die auf einen gerechten und dauerhaften Frieden, sowie auf die enge Zusammenarbeit

der Völker der Welt abzielen.“ Demnach scheint es Wilson gelungen zu sein, die Franzosen und vielleicht auch die Engländer bereits von ihren Velteroberungsplänen und der Absicht Deutschland zu knebeln, abzubringen. Anders kann man diese Botschaft nicht auslegen. Sie wird nicht nur in den Vereinigten Staaten, wo man (was endlich eingestanden werden kann) hinter den idealistischen Zielen Wilsons steht, sondern auch in Deutschland mit Freuden begrüßt werden. Wir dürfen heute wieder die Hoffnung hegen, daß Wilson uns ein gerechter Helfer ein will. Freilich werden wir uns mit bedeutenden Konzessionen abfinden müssen. Wilson wird seine „Allzwecker“ nicht ganz ohne Lohn lassen, aber er wird doch alles darauf anlegen, die Welt im Völkerbund zusammen zu bringen. Ein Völkerbund im Wilsonschen Sinne kann aber nur dann befriedigend und befriedend werden, wenn es Deutschland als Mitglied mit gleichen Rechten und nicht als Geknechteten in sich schließt. Nur eine Befriedigung müssen wir haben: Sollte sich die radikalste Richtung in Deutschland durchsetzen, der Bolschewismus ans Ruder kommen, dann wird auch Wilson über Deutschland seine schützende Hand nicht mehr halten können, sondern damit einverstanden sein, daß der Krieg gegen den Bolschewismus auf deutschem Boden geführt wird. Dabei ist aber selbstverständlich, daß eine Fortsetzung des Krieges den Franzosen und Engländern nur Gewinne und größere Vorteile schaffen kann. Und es wäre nicht überraschend, wenn von den Alliierten alle Bestrebungen, Deutschland und Preußen zu zerstückeln unterstützt würden. Halten wir nicht durch, halten wir nicht Ordnung und Ruhe unter der jetzigen Regierung bis zum Friedenskongreß, dann wird Wilsons Weihnachtsbotschaft für uns keine gute Bedeutung haben können.

Zürich, 27. Dezember. (Die Ablieferung des Eisenbahnmateriale.) Die „Neue Züricher Zeitung“ meldet aus Genf: In Nordfrankreich treffen fortgesetzt aus allen Richtungen Deutschlands Eisenbahnwagen ein, hauptsächlich aus Altona, Breslau, Danzig, Crefeld.

Genf, 27. Dez. „Journal des Debats“ meldet: Präsident Wilson hat den amerikanischen Gesandten in der Schweiz um einen eingehenden Bericht über die Vorgänge in Berlin aufgefordert, denen der Präsident größte Bedeutung für die ganze Friedensfrage beilegt. Bestätigt es sich, daß die deutsche Regierung offiziell eine Matrosen-Regierung in Berlin anerkennt, so muß die Verhandlungsfähigkeit derjenigen Faktoren in Berlin, die sich für die deutsche Regierung ausgeben, nachgeprüft werden.

Rotterdam, 27. Dez. Die „Morning Post“ meldet: Balfour sprach am 25. Dezember in der Konferenz der Vertreter der Dominions, England kann nicht demobilisieren, es muß seine Streitkräfte intakt halten wegen der Schwierigkeiten, die in Deutschland unzweifelhaft auf den Krieg folgen werden und deren Vorzeichen sich jetzt schon bedrohlich geltend machen. Die Auslassungen Balfours sind ein neuer Beweis dafür, daß die schwächliche Haltung der Regierung nur dazu dient, den Frieden zu verzögern und uns die Einmischung der Entente auf den Hals zu ziehen.

Paris, 27. Dez. In der Kammer gab der Unterstaatssekretär Abrami im Laufe der Besprechung des Gesetzes über die Pensionen folgendes Bild der französischen Verluste bis zum 3. November 1918. Gesamtzahl der Gefallenen, Gefangenen und Vermissten: 42000 Offiziere und 3768000 Mannschaften. Gefallen sind: 31300 Offiziere und 3048000 Mannschaften; vermisst sind: 3000 Offiziere und 344000 Mann. Die Zahl der lebenden Gefangenen beträgt 8300 Offiziere und 438000 Mann.

Deutsche und sächsische Nachrichten.

Pulsnitz. (Eisenbahn.) Die Zugbeschränkung vom 24.-27. Dezember 1918 bleibt bis auf weiteres bestehen.

(Einspruch des Evangelisch-lutherischen Landeskonsistoriums.) Gegen die Verordnung des Ministeriums des Kultus und öffentlichen Unterrichts vom 2. Dezember über die Beschränkung des Unterrichtes in der biblischen Geschichte auf die Unterstufe der Volksschulen auf 2 Stunden und die gänzliche Einstellung des Katechismus-Unterrichtes hat das evangel.-luth. Landeskonsistorium zu Dresden zur Wahrung der Rechte der Landeskirche gegenüber dem Staate Einspruch erhoben. Die Verordnung widerspricht sowohl der Bestimmung des Volksschulgesetzes, daß bei Entscheidungen über alle Angelegenheiten bezüglich des Religionsunterrichtes die oberste Schulbehörde mit der kirchlichen Oberbehörde sich in Vernehmung zu setzen habe, wie auch dem staatsgesetzlichen Recht des Landeskonsistoriums,

